

Nr. 20/349 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Überwachung des ruhenden Verkehrs: Wie werden Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit in Bremen gesichert?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 16. September 2021
(Drucksache [20/503 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2022
(Drucksache [20/726 S](#))

Nr. 20/350 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 4. Juli 2022

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Flächennutzungsplan Bremen
15. Änderung Bremen-Blumenthal „An der Landesgrenze“
Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022
(Drucksache [20/718 S](#))
Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 15. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen.
2. Bebauungsplan 1627 für ein Gebiet in Bremen Lüssum-Bockhorn südlich der Straße „An der Landesgrenze“ (Gemeinde Schwanewede), nordöstlich der Straße „Im Neuen Kamp“ sowie im Übergang zum Landschaftsschutzgebiet „Binnendüne-Bockhorn/Wölpscher Berg“
Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022
(Drucksache [20/719 S](#))
Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1627.
3. Bebauungsplan 2524
für ein Gebiet in Bremen-Huchting
zwischen Heinrich-Plett-Allee, Nimweger Straße und Am Sodenmatt sowie südöstlich der Nimweger Straße zwischen Amersfoorter Straße und Eindhöver Straße
Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022
(Drucksache [20/721 S](#))
Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2524.
4. Bebauungsplan 2518
für ein Gebiet in Bremen-Vahr, Ortsteil Gartenstadt Vahr
zwischen Konrad-Adenauer-Allee, Ostpreußische Straße und Kleingartengebiet
Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022
(Drucksache [20/722 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2518.

5. Mit vereinter Kraftanstrengung kurzfristig zusätzliche Krippen- und Kita-plätze in Bremen schaffen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. Juni 2022
(Drucksache [20/724 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Bericht-erstattung an die städtische Deputation für Kinder und Bildung.

Nr. 20/351 S

Fragestunde

1. Wie lange gibt es noch Konzerte und Festivals auf dem Gelände der Wollkämmerei?

Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juni 2022

2. Probebewerbungen an Bremer Schulen im neunten Jahrgang

Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juni 2022

3. Mehr Garten in die Schule: Schulgärten als wichtige Lern- und Erfah-rungsorte für Schüler:innen

Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Juni 2022

4. Fahrradbügel am Stadion am Panzenberg

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 13. Juni 2022

5. Unterstützung von geflüchteten Menschen mit Behinderung

Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 13. Juni 2022

6. Stand der Umsetzung einer insektenfreundlichen Begrünung von Halte-stellen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Frak-tion der CDU vom 14. Juni 2022

7. Kommen Genossenschaften beim Neuen Hulsberg-Viertel zum Zuge?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Frak-tion der CDU vom 14. Juni 2022

8. Arabischer Sprachunterricht in Bremens Schulen

Anfrage der Abgeordneten Jasmina Heritani, Mustafa Güngör und Frak-tion der SPD vom 14. Juni 2022

9. Neueinschulungen von minderjährigen Flüchtlingskindern für das Schul-jahr 2022/2023 an öffentlichen Bremer Schulen

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BiW) vom 15. Juni 2022

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Kita-Zuweisungen/Plätze von Flüchtlingskindern für das neue Kitajahr 2022/2023

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BiW) vom 15. Juni 2022

11. Führerscheinstelle mal wieder heillos überlastet?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 15. Juni 2022
12. Einrichtung einer Schulstraße in der Richthofenstraße: Sachstand und Ausblick
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 15. Juni 2022
13. Gleiche Rechte für alle, auch für schwerbehinderte Menschen?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Claas Rohmeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 15. Juni 2022

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

14. Nahversorgung mit Postdienstleistungen
Anfrage der Abgeordneten Mehmet Ali Seyrek, Valentina Tuchel, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 21. Juni 2022

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

15. Welches ressortübergreifendes Gesamtkonzept zur Entfernung von Farbvandalismus hat der Senat entsprechend dem Bericht des Petitionsausschusses (Petition S 20/139) erstellt?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 22. Juni 2022
16. Zahlt der Senat zu hohe Mieten für neue Übergangwohnheime?
Anfrage der Abgeordneten Jens Eckhoff, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 28. Juni 2022
17. Temporäre Umnutzung der Straßenbahntrasse auf der Obernstraße im Zuge der Umleitung im Sommer 2022
Anfrage der Abgeordneten Elombo Bolayela, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 29. Juni 2022

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/352 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Zech ist raus! Nach den Libeskind-Plänen scheitert das nächste Großprojekt in der Innenstadt unter Rot-Grün-Rot. Wie geht es jetzt weiter?"

Nr. 20/353 S

Ortsgesetz über das Sanierungsgebiet Blumenthal

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2022
(Drucksache [20/714 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 20/354 S

Vertretungspersonal an Bremer Schulen weiterhin flexibel aber unter effektiver Finanzkontrolle einsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. März 2022
(Drucksache [20/675 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/355 S

Begrünungsortsgesetz weiterentwickeln, Fassadenbegrünung fördern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 17. Juni 2022
(Drucksache [20/715 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. das Begrünungsortsgesetz im dritten Quartal 2022 zu evaluieren und der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sowie der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie über die Ergebnisse und Anpassungsvorschläge zu berichten;
2. in seine Evaluation und Anpassungsvorschläge insbesondere folgende Aspekte aufzunehmen:
 - a) die Entwicklung eines Konzepts, wie im Rahmen einer Verpflichtung zur Installation von Solaranlagen bei privaten und öffentlichen Neubauten und gegebenenfalls auch bei Bestandsgebäuden (gemäß dem Beschluss „Bremen und Bremerhaven zu Solar Cities machen!“) die Dachbegrünung mit der genannten Installation kombiniert werden kann, um die Energiegewinnung der Solaranlagen zu maximieren und dabei gleichsam die Dachbegrünung zu erhöhen;
 - b) im Rahmen von Gesetzentwürfen für die Stadtbürgerschaft die Ausnahme für Wohngebäude der Gebäudeklasse 2 im Begrünungsortsgesetz mit Wirkung zum 1. Januar 2023 in § 1 Absatz 3 Nummer 3 zu streichen, wobei eine Benachteiligung von Reihenhäusern als Wohneigentümergeinschaft gegenüber Reihenhäusern als Einzelhauslösungen zu vermeiden ist, oder in einer Novelle der Landesbauordnung in dieser Legislaturperiode sicherzustellen und die weiteren Ausnahmen, wie beispielsweise hallenartige Gebäude, zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen;
 - c) fensterlose Fassaden von Gebäuden in den Anwendungsbereich des Begrünungsortsgesetzes Bremens aufzunehmen und zu prüfen, inwieweit weitere Fassadentypen in den Anwendungsbereich des Begrünungsortsgesetzes aufgenommen werden können und dafür Vorschläge auf zunächst freiwilliger Basis zu entwickeln;
 - d) eine Anpassung der Fördermodalitäten des Programms Gründach an das Programm „Begrüntes Hannover“ zu prüfen und den erforderlichen Mittelbedarf festzustellen sowie Fassadenbegrünung in das benannte Förderprogramm aufnehmen; dabei ist ein Schwerpunkt auf den Beitrag zur Klimaanpassung (vor allem die wärme- und kälteisolierende Wirkung der Begrünung, den (Regen-) Wasserrückhalt und die Reduktion der Luftbelastung) und Biodiversität, insbesondere Insektenfreundlichkeit zu legen;

- e) ein Verbot von bestehenden Schottergärten zu prüfen und den städtischen Deputationen für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sowie für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie dafür Vorschläge zu unterbreiten, wobei auch eine Abschätzung dargestellt wird, wie viele Baugrundstücke von diesem Verbot betroffen wären;
3. im Rahmen der Überarbeitung der Baustandards festzulegen, unter welchen Bedingungen bei Neubauvorhaben der öffentlichen Hand begrünte Fassaden zu bevorzugen sind; dafür wird eine Prüfmatrix mit Vorgaben eingeführt, wann in der Regel begrünt werden soll oder unter welchen Voraussetzungen sie regelhaft vorzusehen sind und ein Ziel zur begrünten Fassadenfläche für öffentliche Neubauten erarbeitet. Der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie sowie der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung und dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss sind sechs Monate nach Beschlussfassung Vorschläge vorzulegen.

Nr. 20/356 S

Schulassistentz in der Inklusion weiterentwickeln und fest an den Schulen verankern: Individuelle Förderung sicherstellen und attraktive Arbeitsplätze schaffen!

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 29. Juni 2022
(Drucksache [20/727 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. ein Konzept zu erarbeiten, um im Rahmen einer Pilotphase ab dem Schuljahr 2022/2023 neue Modelle zum Einsatz von Assistenzkräften an Schulen zu erproben. In dieser Pilotphase sollen
 - a) an Schulen in einem ausgewählten Quartier Assistenzkräfte zur Abdeckung der bisher nach § 35a SGB VIII erbrachten Leistungen systemisch vorgehalten und anhand des von den Schulen diagnostizierten Bedarfs zur Unterstützung von Schüler:innen eingesetzt werden. Die Zuweisung von Stellen an Schulen soll sich dabei mindestens an den bisher an der Schule vorhandenen Bedarfen für Assistenzleistungen nach § 35a SGB VIII orientieren, muss aber gegebenenfalls auch zusätzliche Unterstützungsbedarfe wie die des schulischen Ganztags berücksichtigen. Hierbei ist zu prüfen, ob eine Mittelverlagerung entsprechend der Bedarfe der Schulen während der Pilotphase aus dem Haushalt der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur Senatorin für Kinder und Bildung im neuen Schuljahr erforderlich ist. Eine begleitende Evaluation ist von Beginn an vorzusehen.
 - b) Schulen, an denen bereits ein Pooling von Schulassistenten nach § 35a SGB VIII oder § 112 SGB IX für mehrere Leistungsbezieher:innen stattfindet, weiterhin bei diesem Verfahren unterstützt werden. Auch die Erfahrungen dieser Schulen sind zu evaluieren.
 - c) die rechtliche Gestaltung, die ein Nebeneinander von Individualrecht und Pooling der Assistenzkräfte beziehungsweise systemischen Ansatz ermöglicht, geprüft und dargelegt werden. Es darf nicht kategorisch ausgeschlossen werden, dass an Schulen, die mit systemischen Assistenten oder Pooling-Modellen arbeiten, zusätzlich Kinder mit einer persönlichen Einzelassistenten beschult werden, so deren Unterstützungsbedarf dies erfordert.
 - d) eine mittelfristige Verlagerung der Assistenten von freien Trägern zur Freien Hansestadt Bremen geprüft werden.

2. im Falle einer positiven Auswertung der Pilotphase ein Konzept zu erstellen, welches Wege aufzeigt, wie und in welchen Schritten ein flächendeckender Ausbau des systemischen Ansatzes an den Schulen in der Stadt Bremen umgesetzt werden kann. In diesem Konzept soll auch die Frage beantwortet werden, aus welchen Gründen und mit welcher Perspektive das Pooling-Modell an den Schulen, die dieses bereits praktizieren, weiterhin angewandt werden sollte.
3. das Konzept zur Pilotphase der städtischen Deputation für Kinder und Bildung, der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration sowie dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss binnen drei Monaten zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Nr. 20/357 S

Bebauungsplan 1278 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum, südlich der Hindenburgstraße, westlich der öffentlichen Parkanlage Ihletal, nördlich der Bahnlinie Bremen-Burg/Bremen-Vegesack

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022
(Drucksache [20/720 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1278.

Nr. 20/358 S

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Werkstatt Bremen der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2022
(Drucksache [20/725 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 5. Juli 2022 (Drucksache [20/729 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz mit Änderungen.

Nr. 20/359 S

Bericht des städtischen Petitionsausschuss Nr. 29

vom 1. Juli 2022
(Drucksache [20/728 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/360 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Verfahrensstand des Projekts „Campus Nord“ auf dem ehemaligen BWK-Gelände
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. Dezember 2021
(Drucksache [20/645 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/658 S](#))
2. Festlegung der Grundsteuerreform für Immobilien- und Grundstückseigentümer als Chance für klimaneutrale Politik nutzen
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (BiW)
vom 16. Februar 2022
(Drucksache [20/668 S](#))
3. Stand und Zukunft der Ausbildung bei der Bremer Feuerwehr
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. Januar 2022
(Drucksache [20/656 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 8. März 2022
(Drucksache [20/676 S](#))
4. Personalausweise für Obdach- und Wohnungslose gebührenfrei ermöglichen!
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. Februar 2022
(Drucksache [20/670 S](#))
5. Ersatz für umgestürzte Bäume in Parks und öffentlichen Grünflächen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. März 2022
(Drucksache [20/678 S](#))
6. Kitaplätze in Gefahr: Werden die Träger frühkindlicher Bildungseinrichtungen in Bremen ungleich behandelt und verliert Bremen als Standort damit an Attraktivität?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 21. März 2022
(Drucksache [20/682 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/698 S](#))
7. Bebauung Grundstücke in Beneckendorffallee
Petition S 19/361

Mitteilung des Senats vom 29. März 2022
(Drucksache [20/686 S](#))
8. Das Hörmal – Koloniale Spuren in Bremen durch digitale Hörstücke einordnen, sichtbar machen und informieren
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. April 2022
(Drucksache [20/696 S](#))

9. Verwirklichung des Rechts auf kulturelle Teilhabe in Bremen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. April 2022
(Drucksache [20/694 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022
(Drucksache [20/723 S](#))

10. Ortsgesetz über vorhabenbezogene Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Fahrradabstellplätze und Mobilitätsmanagement bei Bauvorhaben in der Stadtgemeinde Bremen (Mobilitäts-Bau-Ortsgesetz – MobBauOG HB)

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022
(Drucksache [20/717 S](#))